
Testatsexemplar

Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur Gesellschaft mit be-
schränkter Haftung
Frankfurt am Main

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017
und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

**BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN
ABSCHLUSSPRÜFERS**



Inhaltsverzeichnis

Seite

Lagebericht der Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH für das Geschäftsjahr 2017.....	1
Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017.....	1
1. Bilanz zum 31. Dezember 2017.....	3
2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017.....	5
3. Anhang für das Geschäftsjahr 2017 der Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH gemäß § 284 ff. HGB.....	7
Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2017.....	17
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS.....	1



Bundesrepublik Deutschland
Finanzagentur GmbH

Lagebericht der

Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH

für das Geschäftsjahr 2017

Inhalt

1	Geschäfts- und Rahmenbedingungen	3
1.1	Gegenstand des Unternehmens	3
1.1.1	Schuldenwesen des Bundes	3
1.1.2	Finanzmarktstabilisierung	4
1.2	Gesamtwirtschaftliche Entwicklungen im Finanzsektor	4
1.3	Rentenmärkte	5
1.4	Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres	6
2	Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage	7
3	Risikobericht	12
3.1	Regulatorische Vorgaben und Risikomanagementsystem	12
3.2	Risikolage	12
3.2.1	Überblick	12
3.2.2	Liquiditätsrisiko	13
3.2.3	Operationelle Risiken und Reputationsrisiken	13
3.2.4	Strategische Risiken	13
3.3	Zusammenfassung	14
4	Prognosebericht	14

1 GESCHÄFTS- UND RAHMENBEDINGUNGEN

Die Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH (Finanzagentur GmbH) verantwortet die Kreditaufnahme und das Schuldenmanagement des Bundes und verwaltet den Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (FMS).

Die Finanzagentur GmbH emittiert Bundeswertpapiere, tätigt Geldmarkt- und Derivategeschäfte und steuert damit das Schuldenportfolio sowie den Kapitalmarktauftritt. Dabei ist es ihre Aufgabe, die Haushalts- und Kassenfinanzierung des Bundes an den Finanzmärkten jederzeit sicherzustellen und unter Kosten- wie auch Risikoaspekten zu optimieren.

Seit 1. Januar 2018 verwaltet sie zudem den im Jahr 2008 zur Bewältigung der Finanzmarktkrise vom Bund gegründeten Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung und betreut die vom Fonds gehaltenen Beteiligungen. Aufgabe ist es, diese im Interesse des Steuerzahlers wirtschaftlich möglichst vorteilhaft zu verwerten.

Ferner ist sie mit der Trägerschaft der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung AöR (FMSA) beliehen, welche die Rechtsaufsicht über die nach Bundesrecht gegründeten Abwicklungsanstalten ausübt.

1.1 GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

1.1.1 SCHULDENWESEN DES BUNDES

Der Gegenstand der Unternehmenstätigkeit ist gemäß § 2 Absatz 1 und 4 des Gesellschaftsvertrages die Erbringung von Dienstleistungen für das Bundesministerium der Finanzen bei der Haushalts- und Kassenfinanzierung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Sondervermögen mit der Maßgabe, die Zinskostenbelastung des Bundes und seiner Sondervermögen - bei begrenztem Risiko - so gering wie möglich zu halten.

Der Bund finanziert am Geld- und Kapitalmarkt die fällig werdenden und im Anschluss zu refinanzierenden Schulden sowie eine etwaige Nettoneuverschuldung. Neben der Finanzierung des längerfristigen Kapitalbedarfs am Kapitalmarkt mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr muss der Bund auch unterjährig seine Liquidität am Geldmarkt sicherstellen.

Kassenschwankungen des Bundes müssen ausgeglichen werden. Hierzu emittiert der Bund nahezu wöchentlich Bundeswertpapiere im Rahmen von Auktionen. Teilnehmer sind ausschließlich Mitglieder der Bietergruppe Bundeswertpapiere, namentlich Banken und Wertpapierhandelshäuser. Alle diesbezüglichen Transaktionen werden auf dem Konto des Bundes bei der Deutschen Bundesbank gebucht.

Wesentlicher Bestandteil der Dienstleistungen im Schuldenwesen des Bundes ist das Risikomanagement. Dazu hat die Finanzagentur GmbH ein Risikomanagementsystem implementiert (Kapitel 3).

Die Finanzagentur GmbH arbeitet kontinuierlich an der größtmöglichen Effizienz des Schuldenmanagements, um im jeweiligen Zinsumfeld Einsparpotentiale beim Zinstitel des Bundeshaushalts ohne wesentliche Erhöhung des Risikos zu identifizieren und zu nutzen bzw. Risiken für zukünftige Mehrausgaben zu senken. Erzielbare Einsparungen werden gegen die dafür einzugehenden Risiken abgewogen.

1.1.2 FINANZMARKTSTABILISIERUNG

Nach dem FMSA-Neuordnungsgesetz (FMSANeuOG) vom 28. Dezember 2016 hat die Finanzagentur GmbH zum 1. Januar 2018 die Verwaltung des Finanzmarktstabilisierungsfonds von der FMSA übernommen. Das Spektrum an Aufgaben der Finanzagentur GmbH wird hierdurch u.a. um das Beteiligungsmanagement der vom Fonds gehaltenen Anteile an Finanzinstituten erweitert. Dementsprechend wird das Risikomanagementsystem erweitert um die Berücksichtigung der Risiken, die aus den für die Finanzagentur GmbH neu hinzugekommenen Aufgaben resultieren.

Für die Überwachung über die bundesrechtlichen Abwicklungsanstalten bleibt weiterhin die FMSA verantwortlich, mit deren Trägerschaft die Finanzagentur GmbH seit 1. Januar 2018 beliehen ist.

1.2 GESAMTWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGEN IM FINANZSEKTOR

Die Finanzagentur GmbH geht bei ihren Aktivitäten für den Bund auf den Geld- und Kapitalmärkten Kontrahentenrisiken ein, die sie steuert. Hierzu beobachtet und analysiert die Finanzagentur GmbH die wirtschaftliche und geschäftspolitische Entwicklung sowohl der Kontrahenten des Bundes als auch des Finanzsektors im Ganzen, um für den Bund potentielle wesentliche Entwicklungen frühzeitig erkennen zu können. Weiterhin beobachtet und analysiert die Finanzagentur GmbH auch die Veränderungen des regulatorischen Umfelds der Institute, um daraus resultierende Rückwirkungen auf die Tätigkeiten im Rahmen der Finanzierung des Bundeshaushalts berücksichtigen zu können. Nachfolgend werden bedeutsame Entwicklungen in 2017 skizziert.

Das deutsche Wirtschaftswachstum lieferte im Jahr 2017 mit 2,5 % (preis- und kalenderbereinigt) einen signifikanten Beitrag für einen breiten Aufschwung innerhalb des Euroraums. Getragen wurde das deutsche Wachstum neben dem weiterhin starken Außenhandel durch Konsumausgaben und Bauinvestitionen. In diesem Umfeld hoben OECD bzw. IWF ihre Wachstumsprognosen 2018 für den Euroraum (2,1 % bzw. 1,9 %) und für die Weltwirtschaft (jeweils 3,7 %) an, während sie diese für Großbritannien nach unten revidierten (1,2 % bzw. 1,5 %).

Während die US-Notenbank Fed im Jahresverlauf 2017 den Leitzins dreimal (zuletzt auf den Zielkorridor von 1,25 % - 1,5 %) und die Bank of England einmal (auf 0,5 %) erhöhten, verfolgt die Europäische Zentralbank (EZB) – bei moderat ansteigenden Inflationsdaten unterhalb der Zielgröße von knapp 2 % – weiter einen Kurs geldpolitischer Lockerung. Die Leitzinssätze der EZB blieben in 2017 unverändert und Anhebungen werden im Markt bis Ende 2018 nicht erwartet.

Das Niedrigzinsumfeld belastet gemeinsam mit strukturellen Problemen die Ertragslage europäischer Banken. Dass viele Institute dennoch profitabler wirtschaften konnten als im Vorjahr lag vor allem an rückläufigen Risikovorsorgen. Diese Entwicklung war jedoch nicht einheitlich sondern zeigte vor allem Unterschiede bei Instituten aus verschiedenen Ländern. Die EBA war bei ihrem Risk Assessment im November 2017 zu dem Ergebnis gekommen, dass der Bankensektor in der EU die Eigenkapitalpositionen weiter stärken konnte und leichte Fortschritte bei der Profitabilität zu sehen gewesen seien. Es bestünden aber immer noch strukturelle Herausforderungen, da der immer noch hohe Bestand an Problemkrediten weiterhin Anlass zur Sorge gebe. Zwar ging bei den in der EU ansässigen Banken die Quote dieser Kredite (NPL Quote) innerhalb eines Jahres im Durchschnitt von 5,4 % auf 4,5 % am 30. Juni 2017 zurück. Dennoch weist ein Drittel der EU Länder eine NPL Quote von über 10 % auf.

Das Umfeld der Banken wird weiterhin durch zahlreiche regulatorische Veränderungen bestimmt. Hier ist insbesondere das Inkrafttreten von MiFID II zum 03. Januar 2018 zu nennen, deren Vorbereitung erhebliche Ressourcen bei den Banken gebunden hat. Daneben werden auch die Änderungen der Capital Requirements Regulation / Directive durch CRR II / CRD V eine wesentliche Rolle spielen, insbesondere vor dem Hintergrund der durch den Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht finalisierten Beschlüsse zu den Basel IV Reformen vom 07. Dezember 2017 und den Anforderungen an die Banken zur Eigenkapitalunterlegung von Marktrisiken.

Auch die Unsicherheiten mit Blick auf den Brexit sind von Bedeutung. Dabei sind Vorbereitungen für einen Umzug vieler Institute aus UK sichtbar. Besonders kostenintensiv wären in diesem Zusammenhang die Ausstattung neuer Tochtergesellschaften innerhalb der EU mit Eigenkapital und der Aufbau der notwendigen Infrastruktur. Da der Ausgang der Verhandlungen zwischen der britischen Regierung und der EU offen ist, sind die Vorbereitungen bei den Banken mit entsprechend großen Unsicherheiten behaftet. Um die Folgen des Brexits für die Banken aber besser abfedern zu können, wird der vereinbarte Übergangszeitraum von 21 Monaten bis Ende 2020 hilfreich sein, während dem alle EU Regeln in UK weiter gelten und das Land den Zugang zum EU-Binnenmarkt behalten wird.

Die Finanzagentur GmbH wird diese Entwicklungen mit dem Fokus auf mögliche Rückwirkungen auf eigene Tätigkeiten weiter verfolgen.

1.3 RENTENMÄRKTE

Die Rentenmärkte des Euroraums wurden im Jahr 2017 – wie bereits in den Vorjahren – wesentlich durch die außerordentlich expansive Geldpolitik der EZB sowie durch den soliden wirtschaftlichen Aufschwung geprägt.

Aufgrund eines weiterhin gedämpften Preisdrucks im Jahresverlauf 2017 führte die EZB ihren lockeren geldpolitischen Kurs fort. Damit beabsichtigt sie, die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung im Euroraum nachhaltig zu unterstützen und mittelfristig eine Rückkehr der Inflationsrate auf ein Niveau von unter, aber nahe 2 % zu ermöglichen.

Das bereits bestehende Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme, APP) wurde zwar nochmals verlängert. Allerdings wurden vor dem Hintergrund der robusten und breit angelegten wirtschaftlichen Entwicklung im Euroraum Reduzierungen der monatlichen Nettokäufe beschlossen. Von April 2017 bis Dezember 2017 erwarb das Eurosystem pro Monat Wertpapiere im Volumen von 60 Milliarden Euro, zuvor waren es monatlich 80 Milliarden Euro. Im Oktober 2017 entschied der EZB-Rat, ab Januar 2018 den Nettoerwerb von Vermögenswerten bis mindestens Ende September 2018 in einem monatlichen Umfang von 30 Milliarden Euro umzusetzen. Die Käufe sollen so lange fortgesetzt werden bis der EZB-Rat eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung erkennt, die mit seinem Inflationsziel im Einklang steht. Das Eurosystem wird die Tilgungsbeträge der im Rahmen des APP erworbenen Wertpapiere nach Abschluss des Nettoerwerbs von Vermögenswerten für längere Zeit und in jedem Fall so lange wie erforderlich bei Fälligkeit wieder anlegen.

Der EZB-Rat beließ die Leitzinsen im Jahresverlauf 2017 auf ihrem bisherigen Niveau. So betragen der Zinssatz für die Einlagefazilität weiterhin -0,40 %, die Zinssätze für die Hauptrefinanzierungs- und Spitzenrefinanzierungsgeschäfte 0,00 % bzw. 0,25 %. Auch ging der EZB-Rat weiterhin davon aus, dass die EZB-Leitzinsen für längere Zeit und weit über den Zeithorizont des Nettoerwerbs von Vermögenswerten hinaus auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden.

Im beschriebenen Umfeld war die Renditeentwicklung von Euro-Staatsanleihen im Jahresverlauf 2017 leicht nach oben gerichtet. Gleichzeitig waren die Schwankungen

vergleichsweise gering und das Renditeniveau im historischen Kontext weiterhin niedrig. Notierte die 10-jährige Bundrendite zu Jahresbeginn 2017 noch bei 0,19 %, so stiegen diese – nach einer Seitwärtsphase im ersten Halbjahr – bis Mitte Juli 2017 auf bis zu 0,60 %. Im weiteren Jahresverlauf reduzierte sich die 10-jährige Bundrendite wieder etwas, lag aber per 31. Dezember 2017 mit 0,42 % oberhalb des Vorjahreswerts. Wurde der anfängliche Renditeanstieg insbesondere durch einen zwischenzeitlich steigenden Inflationstrend im Euroraum begünstigt, hatten eher enttäuschende Verbraucherpreisdaten in der zweiten Jahreshälfte einen negativen Einfluss auf die Renditeentwicklung. Grundsätzliche Unterstützung erhielten die Kapitalmarktrenditen im gesamten Jahresverlauf von einer zunehmend robusten und über Länder und Sektoren breit angelegten wirtschaftlichen Entwicklung, die viele Marktteilnehmer positiv überraschte. Eine zunehmend restriktiver werdende Geldpolitik der US-Notenbank, die im Jahresverlauf 2017 insgesamt drei Leitzinserhöhungen vornahm und die Wiederanlage von Tilgungsbeträgen aus ihren früheren Wertpapierankaufprogrammen reduzierte, unterstützte den Renditeanstieg ebenfalls.

Im Jahr 2017 verringerten sich die Renditeabstände zwischen 10-jährigen Staatsanleihen anderer Euro-Länder und 10-jährigen Bundesanleihen. Deutliche Spreadeinengungen waren auf Jahressicht insbesondere bei griechischen und portugiesischen Staatsanleihen zu beobachten. Die Spreads zu 10-jährigen Bundesanleihen reduzierten sich um ca. 250 Basispunkte bzw. knapp 200 Basispunkte. Eher gering fielen die Spreadeinengungen zu italienischen und spanischen Staatsanleihen mit gut 10 Basispunkten bzw. etwa 5 Basispunkten aus. Insgesamt dürfte die Annäherung der Staatsanleiherenditen durch den zunehmend auch von den Peripherieländern getragenen Wirtschaftsaufschwung des Euroraums begünstigt worden sein.

Im kürzeren Laufzeitsegment wurden zum Jahresbeginn noch neue historische Tiefststände erreicht. So betrug die Rendite 2-jähriger Bundeswertpapiere im Februar zwischenzeitlich -0,95 %. Zum Jahresende 2017 betrugen die Renditen dann -0,63 %, nachdem die Notierungen bereits im Juni 2017 auf -0,55 % gestiegen waren. Dieses weiterhin äußerst geringe Renditeniveau im kürzeren Laufzeitbereich wurde maßgeblich durch die hohe Überschussliquidität im Euroraum infolge des APP sowie den Ausblick auf noch längere Zeit niedrige Leitzinsen begünstigt. Die Überschussliquidität stieg dabei von etwa 1,2 Billionen Euro zu Jahresbeginn kontinuierlich auf ca. 1,8 Billionen Euro zum Jahresende 2017.

Auch am Geldmarkt waren die Folgen der expansiven geldpolitischen Ausrichtung der EZB spürbar. Im unbesicherten Segment bewegte sich der EONIA-Tagesgeldsatz angesichts einer vor allem durch die Wertpapierkäufe der EZB zunehmenden Überschussliquidität weiterhin nahe seiner historischen Tiefststände und notierte zum Jahresende 2017 bei -0,346 %. Eine vergleichbare Entwicklung war beim 6-Monats-Euribor zu beobachten. Zum 31. Dezember 2017 wurde dieser bei -0,271 % fixiert und damit ca. 5 Basispunkte niedriger als zum Jahresende 2016. Im besicherten Geldmarktsegment notierte der von NEX Data veröffentlichte, transaktionsbasierte Übernachtssatz für Repogeschäfte (RepoFunds Rate Euro) im Jahresverlauf durchweg unterhalb des geltenden Zinssatzes für die Einlagefazilität.

1.4 WICHTIGE VORGÄNGE DES GESCHÄFTSJAHRES

Wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr 2017 waren folgende:

- Im Jahr 2017 wurden die Übernahme der Trägerschaft der FMSA und die Verwaltung des FMS durch die Finanzagentur GmbH zum 1. Januar 2018 vorbereitet. Die für die FMSA in der Vergangenheit erbrachten Dienstleistungen der Bundesbank im Bereich IT wurden von der Finanzagentur GmbH übernommen.,
- Im Jahr 2017 wurde ein Dokumentenmanagementsystem – zunächst als Prototyp zur Wahrnehmung der neuen Aufgaben – in der Finanzagentur GmbH implementiert. Das

neue Dokumentenmanagementsystem soll künftig auch für das Schuldenmanagement und für das Unternehmen insgesamt dienen,

- Es erfolgte eine Anpassung und Vereinheitlichung der Internetauftritte der FMSA und der Finanzagentur GmbH. In diesem Zuge wurde im Jahr 2017 die Barrierefreiheit des Internetauftritts der Finanzagentur GmbH hergestellt,
- Ende 2017 wurde der Finanzagentur GmbH nach Zwangsversteigerung des Gebäudes der Mietvertrag für die Büroflächen in der Lurgiallee 5 zu Mitte 2018 gekündigt,
- Das Vorhaben Umsetzung des zukünftigen Gesamtrisikosteuerungssystems der Finanzagentur GmbH wurde im Jahr 2016 in die Abteilung Risikosystem im Bereich Risikocontrolling integriert und im Jahr 2017 weiter fortgeführt,
- In 2017 wurde die Migration des Handelssystems Summit auf die neue Version 6.0 mit dem Hersteller vorbereitet,
- Um die Integration der SAP-Systeme der Bundesbank, die in der Vergangenheit von der FMSA genutzt wurden, zu ermöglichen, war eine Erweiterung der SAP-Umgebung der Finanzagentur GmbH notwendig. Zur Abbildung der jeweiligen Entwicklungs-, Test- und Produktionsstufen wurden zusätzlich 8 Server in Betrieb gestellt. Der Abschluss der Überführung erfolgte planmäßig im April 2018.

2 ERTRAGS-, FINANZ- UND VERMÖGENSLAGE

Ein Überblick des Geschäftsjahres 2017 ist in nachfolgender Tabelle dargestellt:

Überblick Geschäftsjahr 2017	Geschäftsjahr		Abweichung	
	2017	2016	absolut	in %
Mitarbeiter (zum Jahresende)	174	173	1	0,6
Bilanzsumme	19.259	18.531	728	3,9
Erträge insgesamt (Umsatz inkl. Sonstige Erträge und Zinsen)	32.633	30.625	2.008	6,6
Aufwendungen und Steuern	31.834	29.903	1.931	6,5
Jahresüberschuss	799	722	77	10,7

Währungsangaben in TEUR

Tabelle 1

Der **Jahresüberschuss 2017** erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 77 auf TEUR 799 und lag im Rahmen auf der im Vorjahr prognostizierten Einschätzung.

Die **Erträge** beliefen sich im Geschäftsjahr 2017 auf TEUR 32.633 (Vorjahr TEUR 30.625). Hierbei wurden für gegenüber dem Bund erbrachte Dienstleistungen Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 31.782 (Vorjahr TEUR 29.939) erzielt. Der Anstieg reflektierte i. W. die Veränderung der von der Gesellschafterin erstatteten Aufwendungen zzgl. Gewinnaufschlag.

Die **Aufwendungen** (ohne Steuern) erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr saldiert um TEUR 1.941 auf TEUR 31.399. Diese Erhöhung resultierte hauptsächlich aus:

- Abschreibungen (TEUR 769) i.W. resultierend aus den im Vorjahr getätigten Investitionen für das Rechenzentrum II sowie aus Investitionen des laufenden Geschäftsjahres überwiegend für Server, IT-Arbeitsplatzausstattung sowie Sofortabschreibung für Bürodrehstühle und Smartphones,
- Fremdarbeiten (TEUR 566 i. W. für Unterstützungsleistungen im Rahmen des Summit-Upgrades und der Integration des FMS,
- Aufwendungen für Hardware- und Softwarepflege (TEUR 472) vor allem wegen der getätigten Investitionen für das Rechenzentrum II und der Erweiterung der Speicherkapazitäten,
- dem Anstieg der Personalkosten (TEUR 219) im Wesentlichen wegen höherer Beschäftigung, der Kompensation von betrieblichen Altersvorsorgeleistungen sowie einer Erhöhung der Sozialabgaben sowie
- Mieten für bewegliche Wirtschaftsgüter (TEUR 169 für Kopierer und eine Datenleitung des Rechenzentrums) hauptsächlich aufgrund der Nutzung von IT-Infrastruktur für das Rechenzentrum II

Gleichzeitig verringerten sich die folgenden Aufwandspositionen:

- Daten- und Infodienste (TEUR 215) resultierend aus im Vorjahr angefallenen Aufwendungen für die einmalige Bereitstellung von Datenleitungen für das Rechenzentrum II sowie
- Miete und Mietnebenkosten (TEUR 122) im Wesentlichen aus geringerer Miete nach Neuverhandlung des Mietvertrags.

Der **Steueraufwand** verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 11 auf TEUR 435.

Die Entwicklung der Bilanz ist in nachfolgender Tabelle dargestellt:

Bilanz	Geschäftsjahr		Abweichung
	2017	2016	
Aktiva			
Anlagevermögen	6.731	7.335	-604
Umlaufvermögen	10.932	10.003	929
Rechnungsabgrenzungsposten	1.568	1.185	383
Aktive latente Steuern	28	9	19
Bilanzsumme	19.259	18.531	728
Passiva			
Eigenkapital	15.587	14.787	800
Rückstellungen	2.629	2.491	138
Verbindlichkeiten	1.044	1.253	-209
Bilanzsumme	19.259	18.531	728

Die **Bilanzsumme** erhöhte sich zum 31. Dezember 2017 gegenüber dem Vorjahr um TEUR 728 auf TEUR 19.259. Dies war im Wesentlichen auf folgende gegenläufigen Entwicklungen zurückzuführen:

Aktiva

Das Anlagevermögen verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 604 auf TEUR 6.731. Ursächlich für die Reduzierung war eine geringere Investitionstätigkeit gegenüber dem Vorjahr.

Die Entwicklung der handelsrechtlichen Investitionen ist in nachfolgender Tabelle dargestellt:

Investitionen	Geschäftsjahr		Abweichung	
	2017	2016	absolut	in %
Lizenzen und EDV-Software	574	1.580	-1.006	-64
Immaterielle Vermögensgegenstände in der Anschaffung	0	17	-17	-100
Immaterielles Vermögen	574	1.597	-1.022	-64
Büroeinrichtung/ Betriebs- und Geschäftsausstattung/ Geringwertige Wirtschaftsgüter	1.451	2.651	-1.200	-45
Mietereinbauten	9	201	-192	
Geleistete Anzahlungen	0	80	-80	-100
Sachanlagen	1.460	2.932	-1.472	-50
Investitionen insgesamt	2.034	4.529	-2.494	-55

Währungsangaben in TEUR

Tabelle 3

Das Umlaufvermögen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 929 auf TEUR 10.932. Diese Erhöhung wurde wesentlich induziert durch den Anstieg der:

- Forderungen an die Gesellschafterin um TEUR 857 auf TEUR 10.793, welche im Wesentlichen aus den Tages-/ Termingeldern beim Bund resultierten (TEUR 1.667) bei gleichzeitiger Reduzierung der Forderungen an den Bund um TEUR 810. Zum Jahresultimo bestand eine Forderung an die Gesellschafterin in Höhe von TEUR 367 (Vorjahr TEUR 443) aus der Dienstleistungsabrechnung 2017.

Passiva

- Das Eigenkapital erhöhte sich um TEUR 800 auf TEUR 15.587 in Höhe des Jahresüberschusses 2017.
- Die Rückstellungen erhöhten sich um TEUR 138 auf TEUR 2.629. Diese Erhöhung ist vor allem induziert durch einen Anstieg von gewinnabhängigen Steuern sowie der Urlaubs- und Tantiemerückstellungen.
- Die Verbindlichkeiten verringerten sich saldiert um TEUR 209 auf TEUR 1.044. Diese Reduzierung ergab sich i.W. aus den Lieferantenverbindlichkeiten (TEUR 98) wegen geringerer Investitionstätigkeit ggü. Vorjahr sowie und der Personalverbindlichkeiten (TEUR 80).

Die **Anlagenintensität** (Anlagevermögen in Prozent des Gesamtvermögens) betrug im Geschäftsjahr 2017 rund 35 % (Vorjahr 40 %).

Dieser Rückgang ergibt sich im Wesentlichen aus der im Geschäftsjahr 2017 niedrigeren Investitionstätigkeit.

Die **Eigenkapitalquote** (Eigenkapital in Prozent des Gesamtkapitals) betrug im Geschäftsjahr 2017 rund 81 % (Vorjahr 80 %).

Der **Verschuldungsgrad** (Fremdkapital in Prozent des Eigenkapitals) betrug im Geschäftsjahr 2017 rund 24 % (Vorjahr 25 %). Der Rückgang war überwiegend durch die Reduzierung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen verursacht.

Die Finanzagentur GmbH beschäftigte zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 174 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr 173). Hinzu kamen 70 (Vorjahr 78) gestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Personalaufwendungen für die gestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden vom Bundesamt für Zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) getragen.

Der Gesamtpersonalbestand der Finanzagentur GmbH betrug zum Geschäftsjahresende 244 (Vorjahr 251) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die **Schulungsquote** (Anzahl weitergebildeter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter / durchschnittlicher Mitarbeiterbestand) betrug im Geschäftsjahr 2017 rund 84 % (Vorjahr 84 %). Damit lag die Finanzagentur GmbH deutlich oberhalb der Weiterbildungsquote von 55,5 % des Jahres 2015 (Quelle: Statistisches Bundesamt 2017).

Mit durchschnittlich 11 (Vorjahr 10) Auszubildenden im Geschäftsjahr 2017 entsprach die **Ausbildungsquote** (Anzahl Auszubildende in Prozent der Gesamtbelegschaft) der Finanzagentur GmbH einem Wert von 6,1 % (Vorjahr 5,9 %).

Damit lag sie 1,8 %-Punkte über der Ausbildungsquote des Bundesdurchschnitts des Jahres 2016 in Höhe von 4,3 % (Quelle: Jahresbericht AGV-Banken 2016-2017).

Die Cashflow-Entwicklung ist in der nachfolgenden Tabelle zusammengefasst:

I. Cashflow-Rechnung (indirekte Methode)			31.12.2017
1.		Periodenergebnis	799
2.	+/-	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	2.553
3.	+/-	Zunahme/ Abnahme der Rückstellungen	59
4.	-/+	Zunahme/ Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	324
5.	+/-	Zunahme/ Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-209
6.	-/+	Gewinn/ Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	56
7.	+/-	Zinsaufwendungen/Zinserträge	32
8.	+/-	Ertragssteueraufwand/ -ertrag	421
9.	-/+	Ertragsteuerzahlungen	-329
10.	=	Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	3.706
11.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	26
12.	-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-574
13.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-1.460
14.	+	Erhaltene Zinsen	1
15.	=	Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-2.007
16.	-	Gezahlte Zinsen	-32
17.	=	Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-32
II. Liquiditätsbestand			31.12.2017
18.		Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe aus 10, 15, 17)	1.667
19.	+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	9.514
20.	=	Finanzmittelfonds am Ende der Periode	11.181

Währungsangaben in TEUR

Die Darstellung des Cashflows erfolgt für das Geschäftsjahr 2017 nach dem Mindestgliederungsschema des Deutschen Rechnungslegungs Standards Nr. 21 (DRS 21). Auf einen Ausweis der Vorjahreswerte wurde verzichtet.

Im Jahr 2017 wurde keine Gewinnausschüttung vorgenommen.

Der **Liquiditätsbestand** betrug zum Jahresultimo TEUR 11.181. Dieser setzte sich im Wesentlichen aus Sichteinlagen bei der Deutschen Bundesbank sowie den Tages-/ Termingeldern beim Bund zusammen.

Unter Berücksichtigung der vorangestellten Feststellungen ist die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage im Geschäftsjahr 2017 als gut zu bewerten.

3 RISIKOBERICHT

3.1 REGULATORISCHE VORGABEN UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEM

Die Finanzagentur GmbH ist durch § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) zur Einrichtung eines Risikomanagementsystems verpflichtet. Gemäß § 2 Absatz 6 des Geschäftsbesorgungsvertrags stellt die Finanzagentur GmbH eine dem Schuldenwesen angemessene MaRisk-konforme Steuerung der Risiken sicher. Darin enthalten ist die Implementierung eines Risikofrüherkennungssystems nach § 91 Absatz 2 AktG.

Weiterhin ist die Geschäftsführung verpflichtet, die Konformität mit dem Public Corporate Governance Kodex des Bundes zu gewährleisten oder die Abweichung von eben diesem zu erklären. Die Geschäftsführung hat die Konformität für 2017 im Corporate Governance Bericht für selbiges Jahr erklärt.

Die Finanzagentur GmbH hat ein Risikomanagementsystem implementiert, um Risiken möglichst früh zu identifizieren und durch Steuerungsmaßnahmen potenzielle finanzielle Auswirkungen zu begrenzen. Das Risikomanagementsystem berücksichtigt sowohl die Risiken für die Finanzagentur GmbH als auch die Risiken im Schuldenwesen des Bundes. Das Risikomanagement für das Schuldenwesen ist wesentlicher Bestandteil der Dienstleistungen der Finanzagentur GmbH für das BMF. Der vorliegende Risikobericht fokussiert auf die Risiken für die Finanzagentur GmbH.

Der generische Prozess des Risikomanagements umfasst alle Aktivitäten zum systematischen Umgang mit Risiken der Finanzagentur GmbH. Der Prozess besteht aus den folgenden drei Phasen, die permanent in einem Regelkreis durchlaufen werden:

1. Identifikation
2. Messung
3. Steuerung

Weitere wesentliche Bestandteile des Risikomanagementsystems sind:

- Funktionstrennung gemäß MaRisk,
- standardisierte Risikosteuerungsprozesse,
- diverse Steuerungskreisläufe mit Limiten,
- Risikokommunikation, insbesondere ein umfangreiches Berichtswesen auf unterschiedlichen Frequenzen von täglich bis jährlich, sowie eine entsprechende Ad-Hoc-Kommunikation bei Bedarf.

Das Risikomanagementsystem ist regelmäßiges Objekt der prozessunabhängigen Überprüfung durch die Interne Revision.

3.2 RISIKOLAGE

3.2.1 ÜBERBLICK

Als Gesellschaft des Bundes mit Dienstleistungsauftrag hat die Finanzagentur GmbH kein Absatz- und kein Geschäftsrisiko. Weiterhin führt die Finanzagentur GmbH keine Finanztransaktionen im eigenen Interesse durch, sondern ausschließlich im Namen und auf

Rechnung des Bundes. Damit ist sie keinen wesentlichen Kontrahenten-, Marktpreis- und Zahlungsverkehrsriskien ausgesetzt.

Das Liquiditätsrisiko, die operationellen Risiken, die Reputationsrisiken sowie die Strategischen Risiken hingegen stellen wesentliche Risikoarten für die Finanzagentur GmbH dar.

3.2.2 LIQUIDITÄTSRISIKO

Das Liquiditätsrisiko der Finanzagentur GmbH wird über ein effizientes und wirksames Liquiditätscontrolling gesteuert. Dabei werden sämtliche erwarteten Zahlungsströme vollständig berücksichtigt. Die Steuerung der Mindestliquiditätsausstattung erfolgt anhand entsprechender Kennzahlen.

Die Finanzagentur GmbH verfügte zum 31. Dezember 2017 über liquide Mittel in Höhe von TEUR 11.181, die im Wesentlichen als Tagesgelder beim Bund angelegt und kurzfristig verfügbar waren.

Das Liquiditätsrisiko ist für die Finanzagentur GmbH zwar prinzipiell ein wesentlicher Faktor, jedoch aufgrund der dargestellten aktuellen Liquiditätsausstattung von derzeit untergeordneter Bedeutung.

3.2.3 OPERATIONELLE RISIKEN UND REPUTATIONSRIKIKEN

Zur qualifizierten Handhabung der operationellen Risiken und Reputationsrisiken wurde innerhalb der Finanzagentur GmbH ein Risikomanagementsystem implementiert.

Es wurde quartalsweise über die Lage der operationellen Risiken, des Reputationsrisikos, risikoreduzierende Maßnahmen sowie die Schadensfallentwicklung berichtet.

In 2017 gab es keine nennenswerten operationellen Schäden. In Bezug auf die aktuelle Risikolage ist die Kündigung des Mietvertrages der Räumlichkeiten der Finanzagentur GmbH zu nennen. Nach der Zwangsversteigerung der von der Finanzagentur GmbH mitgenutzten Büroimmobilie Lurgiallee 5 wurde der Mietvertrag über die Nutzung der Büroflächen durch den neuen Eigentümer zum 30. Juni 2018 gekündigt. In Verhandlungen mit dem neuen Eigentümer konnte eine etwaige Räumung des Objekts auf den 30. November 2018 verschoben werden. Im zweiten Quartal 2018 wurde ein neuer Mietvertrag abgeschlossen; der notwendige Umzug in ein neues Objekt sollte so fristgerecht sichergestellt werden können. Durch aktives Risikomanagement hat sich somit das Risikopotenzial reduziert.

3.2.4 STRATEGISCHE RISIKEN

Das signifikante geschäftsstrategische Risiko für die Ertrags- und Finanzlage der Finanzagentur GmbH besteht im möglichen Entzug des Dienstleistungsauftrags durch den Kunden Bund. Dafür gibt es jedoch aktuell keine Anhaltspunkte. Im Gegenteil erweitert die Finanzagentur GmbH ihre Tätigkeiten u.a. durch die Übernahme der Verwaltung des FMS und die Trägerschaft der FMSA sowie die Dienstleistungen im Kontext vom Derivate Clearing für Bundesinstitutionen.

3.3 ZUSAMMENFASSUNG

Im Geschäftsjahr 2017 waren keine Sachverhalte erkennbar, die darauf schließen ließen, dass die Finanzagentur GmbH durch die Risikolage in ihrem Bestand gefährdet war.

Darüber hinaus sind für die Geschäftsjahre 2018 und 2019 derzeit keine Anhaltspunkte einer Gefährdung feststellbar.

4 PROGNOSEBERICHT

Die Finanzagentur GmbH wird sich in den Geschäftsjahren 2018 und 2019 auf die weitere inhaltliche Optimierung ihrer Tätigkeiten konzentrieren. Die Schwerpunkte dabei sind:

- Übernahme der neuen Aufgaben (Verwaltung des FMS und Beleihung mit Trägerschaft der FMSA), Integration der neuen Abteilungen und Mitarbeiter in die Finanzagentur GmbH und in ihr Risikomanagement,
- Weiterer Ausbaus eines zentralen Dokumentenmanagementsystems,
- Fortführung der Arbeiten zur Einführung des neuen Risiko- und Strategiesystems (MoRE) mit der Zielsetzung eines neuen leistungsfähigen und stabilen IT-Systems für Strategieplanung, Haushaltsplanung und Steuerung im Schuldenmanagement bis 2020,
- Schrittweise Ablösung des Anwendungssystems zur Großrechnerplattform zur Verwaltung der Schuldbuchkonten des Bundes und weiteren Anwendungen im Jahr 2017 bis 2020,
- Aufbau eines externen Rechenzentrums und Umzug des derzeit noch im Gebäude untergebrachten Notfallrechenzentrums in 2018,
- Vorbereitung und Umsetzung des Umzugs der Finanzagentur GmbH bis zum Jahresende 2018,
- Vorbereitungstätigkeiten für die Aufnahme der Euro-Refinanzierung der FMS-WM gemäß FMSANeuOG ab 1. Januar 2019 sowie des zentralen Clearings der Euro-Derivate der FMS-WM über die Eurex zu Mitte 2018 mit Inkrafttreten des Haushaltsgesetzes,
- Umsetzung der im Frühjahr 2016 verabschiedeten EU-DSGVO / DSAnpUG-EU (Datenschutz-Anpassungs- und Umsetzungsgesetz EU) bis 25. Mai 2018,
- Beginn der Umsetzung der 2018 abzustimmenden Konzeption für die Behandlung der nach Auslaufen der Bundesschatzbriefe noch verbleibenden Bestände im Einzelschuldbuch.

In den Geschäftsjahren 2018 und 2019 wird sich der jeweilige Jahresüberschuss voraussichtlich über dem Niveau des Geschäftsjahres 2017 bewegen.

Frankfurt am Main, 15. Juni 2018

Bundesrepublik Deutschland

Finanzagentur GmbH

Dr. Tammo Diemer

Dr. Jutta A. Dönges

Impressum

Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH
Bereich Kommunikation
Lurgiallee 5
60439 Frankfurt am Main
www.deutsche-finanzagentur.de

Stand: 22.05.2018

**Jahresabschluss für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017**



Gewinn und Verlustrechnung vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 in EUR

	<u>01.01. - 31.12.2017</u>		<u>01.01. - 31.12.2016</u>	
1. Umsatzerlöse	31.781.648,96		29.939.348,74	
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>883.116,72</u>	32.664.765,68	<u>721.032,80</u>	30.660.381,54
3. Personalaufwand:				
a) Löhne und Gehälter	15.363.946,51		15.273.436,46	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung EUR 868.446,73 (Vorjahr: EUR 797.735,96)	<u>3.091.339,97</u>	18.455.286,48	<u>2.963.104,18</u>	18.236.540,64
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.553.379,54		1.784.411,17	
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>10.390.092,38</u>	31.398.758,40	<u>9.437.001,73</u>	29.457.953,54
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen EUR -32.196,49 (Vorjahr EUR -33.005,93)	-31.692,49		-31.239,93	
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00		3.798,00	
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	420.200,11		403.109,13	
9. Ergebnis nach Steuern		814.114,68		764.280,94
10. Sonstige Steuern	14.729,86		42.476,82	
11. Jahresüberschuss		<u>799.384,82</u>		<u>721.804,12</u>



Bundesrepublik Deutschland
Finanzagentur GmbH

Anhang der

Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH

für das Geschäftsjahr 2017 gemäß § 284 ff. HGB



Inhalt

1. **Allgemeine Angaben**
2. **Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**
3. **Angaben und Erläuterungen**
 - 3.1 Bilanz
 - 3.2 Gewinn- und Verlustrechnung
4. **Sonstige Angaben**
5. **Nachtragsbericht**
6. **Gewinnverwendungsvorschlag**
7. **Geschäftsführer**



1. ALLGEMEINE ANGABEN

Die Finanzagentur GmbH hat ihren Sitz in Frankfurt am Main und wird beim Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 51411 geführt.

Der Jahresabschluss der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2017 wurde auf der Grundlage der Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften des Handelsgesetzbuches und unter Beachtung der Regelungen des GmbH-Gesetzes aufgestellt. Des Weiteren hat die Gesellschaft gem. § 9 Abs. 1 S. 2 des Gesellschaftsvertrags vom 23. September 2010 für die Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses die Vorschriften für große Kapitalgesellschaften angewandt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

2. ANGABEN ZU DEN BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Das Anlagevermögen wurde zu Anschaffungskosten angesetzt und, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen vermindert. Geleistete Anzahlungen werden mit dem Nennwert bewertet. Ab dem Geschäftsjahr 2011 erfolgt die Abschreibung für Zugänge unter Berücksichtigung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer ausschließlich nach der linearen Methode. Die **im Geschäftsjahr angeschafften geringwertigen Wirtschaftsgüter (Wert netto > 150 EUR ≤ 410 EUR)** wurden im Jahr der Anschaffung abgeschrieben. Für immaterielle Vermögensgegenstände beträgt die Nutzungsdauer zwischen 3 und 7 Jahren, für andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung 3 bis 19 Jahre. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken werden zwischen 4 und 14 Jahren abgeschrieben.

Bestehende Abschreibungen nach der degressiven Methode (mit planmäßigem Übergang auf die lineare Abschreibung) wurden unter Beachtung des Beibehaltungswahlrechts EGHGB Art. 67 Abs. 4 fortgeführt. Im Geschäftsjahr 2017 betrug die Höhe der degressiven Abschreibung auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens 1 TEUR.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert angesetzt.

Der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten sind zum Nennwert angesetzt.

Die Bewertung der Rückstellungen erfolgte mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag und berücksichtigte alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen in angemessener Höhe.

Die Verbindlichkeiten wurden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.



Die Rechnungsabgrenzungsposten wurden gemäß § 250 Abs. 1 HGB Ausgaben vor dem Stichtag der Schlussbilanz, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen, abgegrenzt.

Mit Umsetzung des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechtes (BilMoG) wurde § 274 HGB als Grundlage für die Bilanzierung und Bewertung von latenten Steuern überarbeitet. Somit besteht seit Einführung von BilMoG in der Handelsbilanz ein Bilanzierungswahlrecht für latente Steuern. Die Finanzagentur hat sich für die Ausübung des Wahlrechts entschieden. Das Wahlrecht gem. § 274 Abs. 1 S. 3 HGB, aktive und passive latente Steuern getrennt auszuweisen (sog. Bruttomethode) findet keine Anwendung.

Die Ermittlung der Höhe der latenten Steuern erfolgte auf Basis des kombinierten Ertragssteuersatzes von aktuell 31,925 %. Der kombinierte Steuersatz umfasst dabei Gewerbesteuer, Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag.

Die Bilanzwährung ist Euro. Die Lieferantenverbindlichkeiten für Aufwendungen bei Informationssystemen in Fremdwährung (1 EUR = 1,1996 USD) wurden mit dem jeweiligen Mittelkurs des Euroreferenzkurses des ESZB (Europäisches System der Zentralbanken) zum Bilanzstichtag in Euro umgerechnet.



3. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN

3.1 BILANZ

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen belief sich auf TEUR 6.731 und verringerte sich somit um TEUR 604.

Dies ist im Wesentlichen zurückzuführen auf Investitionen in Höhe von TEUR 2.034 bei einem gleichzeitigen Abschreibungsvolumen von TEUR 2.553.

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist dem beigefügten Anlagespiegel zu entnehmen.

Umlaufvermögen

Das Umlaufvermögen betrug TEUR 10.932, davon beliefen sich die Forderungen gegen die Gesellschafterin auf TEUR 10.793 die sonstigen Vermögensgegenstände auf TEUR 118 sowie der Kassenbestand auf TEUR 21.

Die Forderungen gegen die Gesellschafterin setzten sich im Wesentlichen aus der Tagesgeldanlage (TEUR 11.160) sowie den Verbindlichkeiten aus der Dienstleistungsabrechnung an den Kunden Bund (TEUR 367) zusammen.

In den sonstigen Vermögensgegenständen wurden überwiegend Forderungen gegenüber der Sozialversicherung (TEUR 21) sowie aus Umsatzsteuern (TEUR 61) ausgewiesen.

Sämtliche Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Rechnungsabgrenzungsposten

Unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (TEUR 1.568) wurden im Wesentlichen im Voraus gezahlte Wartungs- und Pflegegebühren für Hard- und Software sowie Aufwand für Informationssysteme abgegrenzt.

Aktive latente Steuern

Die aktiven latenten Steuern betragen saldiert mit passiven latenten Steuern insgesamt TEUR 28. Der hierbei verwendete Steuersatz beträgt 31,925%. Diese resultieren aus aktiven latenten Steuern i.H.v. TEUR 28, welche im Wesentlichen aus Bewertungsunterschiede im Zusammenhang mit Mietereinbauten zurückzuführen sind. Hinsichtlich der aktiven latenten Steuern wird vom Aktivierungswahlrecht gem. § 274 Abs. 1 S. 2 HGB Gebrauch gemacht. Des Weiteren kommt das Wahlrecht gem. § 274 Abs. 1 S. 3 HGB, aktive und passive latente Steuern getrennt auszuweisen (sog. Bruttomethode), nicht zur Anwendung. In Höhe der saldiert ausgewiesenen aktiven latenten Steuer ist eine Ausschüttungssperre i.H.v. TEUR 28 zu beachten.



Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital von TDM 50 wurde zum Umrechnungskurs von 1,95583 auf TEUR 26 umgerechnet.

Das gezeichnete Kapital wurde von der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Finanzen, gehalten.

Mit Gesellschafterbeschluss vom 31. Juli 2017 wurde der Jahresüberschuss 2016 in Höhe von TEUR 722 auf neue Rechnung vorgetragen.

Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage in Höhe von TEUR 10.159 beinhaltet Sacheinlagen die per Gesellschafterbeschluss in das Unternehmen übertragen wurden.

Gewinnrücklage

Die Gewinnrücklage beinhaltet ausschließlich andere Gewinnrücklagen im Sinne des § 266 Abs. 3 A III Nr. 4 HGB in Höhe von TEUR 492. Diese sind vollständig auf latente Steuern zurückzuführen, die aus der erstmaligen Anwendung des Handelsgesetzbuches in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes resultieren (siehe Art. 67 Abs. 6 Satz 1 EGHGB).

Rückstellungen

Die Rückstellungen beliefen sich zum Jahresende auf TEUR 2.629, diese resultieren überwiegend aus den Sonstigen Rückstellungen (TEUR 2.513).

In der Position sonstige Rückstellungen wurden hauptsächlich Aufwendungen für Personal (TEUR 2.158), Aufwendungen für Abschluss und Prüfungskosten Jahresabschluss (TEUR 164), Fremdarbeiten (TEUR 89) sowie für Rechts- und IT-Beratung (TEUR 42) berücksichtigt.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 1.044 enthielten vor allem Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung (TEUR 750) sowie sonstige Verbindlichkeiten (TEUR 293), die hauptsächlich für die abzuführenden Lohn- und Umsatzsteuern eingestellt wurden.

3.2 GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 31.782 entsprachen den in Rechnung gestellten Dienstleistungsentgelten an die Kundin Bund.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von TEUR 883 resultierten im Wesentlichen aus den Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 617), vorwiegend aus den Urlaubsrückstellungen 2016, den verrechneten Sachbezügen für die Dienstwagen (TEUR 150), der Vermietung von Stellplätzen an Mitarbeiter (TEUR 41) sowie aus dem Fahrzeugleasingprogramm (TEUR 36).



Personalaufwand

Der Personalaufwand betrug zum Ende des Jahres TEUR 18.455.

Hierin enthalten war die Position Löhne und Gehälter in Höhe von TEUR 15.364, die TEUR 180 in Sachwerten geleisteten Bezüge, vor allem für die Umlage der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder und private Firmenwagennutzung, enthielt. Die lohnsteuerlichen Sachbezugswerte wurden über die Position „sonstige betriebliche Erträge“ neutralisiert.

Des Weiteren waren im Personalaufwand soziale Abgaben und Aufwendungen in Höhe von TEUR 3.091 enthalten.

Abschreibungen

Die Aufwendungen für Abschreibungen beliefen sich auf TEUR 2.553 bei einer Investitionstätigkeit in Höhe von TEUR 2.034.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen zum Jahresultimo TEUR 10.390. Die größten Aufwandsposten stellten die Aufwendungen für Informationssysteme (TEUR 1.914), Aufwendungen für Hard- und Softwarepflege (TEUR 1.824,)Miete für Büroräume, Rechenzentrum und Stellplätze (TEUR 1.385), Fremdarbeiten (TEUR 1.230, vorwiegend für Unterstützungsleistungen im Rahmen

des Summit-Upgrades und des Projektes FMSA), Nebenkosten und Serviceleistungen für die Büroräume (TEUR 789), Miete für befristete Überlassung von Lizenzen, vor allem für die Handelssoftware (TEUR 674), für Rechts- und Beratungskosten (TEUR 451), Aufwendungen für gemietete Gegenstände (TEUR 284), Fort- und Weiterbildungskosten (TEUR 263), Porto- und Versanddienstleistungsaufwendungen (TEUR 186, im Wesentlichen für die Schuldbuchpost), Reisekosten (156 TEUR) Abschluss- und Prüfungskosten (TEUR 137) sowie Datenübertragungskosten (TEUR 114) dar.

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Die sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge enthielten hauptsächlich die Negativzinsen aus der verzinslichen Anlage von Tages- und Termingeldern (TEUR ./ .32).

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Position Steuern betrug zum Ende des Jahres TEUR 420.

In der Position gewinnabhängige Steuern waren Erträge für latente Steuern (TEUR 19) sowie Aufwendungen aus dem laufenden Geschäftsergebnis (TEUR 443) enthalten.

Sonstige Steuern

Die Position sonstige Steuern (TEUR 15) enthielt überwiegend Aufwendungen für Umsatzsteuer aus Vorjahren sowie für Kfz-Steuern.



4. SONSTIGE ANGABEN

Außerbilanzielle Geschäfte

Zum 31.12.2017 bestand ein Treuhandverhältnis mit der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Finanzen (BMF), und den Bundesländern für die Erbringung von Dienstleistungen hinsichtlich der Begebung und Abwicklung der Bund-Länder-Anleihe. Aus diesem Geschäft resultieren für die Finanzagentur keine dienstleistungsverhindernden Risiken.

Abschlussprüferhonorar und andere Beratungsleistungen

Das Honorar für den Jahresabschlussprüfer betrug TEUR 137. Dies resultierte vollständig aus den Abschlussprüfungsleistungen.

Anzahl der Mitarbeiter

Während des Geschäftsjahres beschäftigte die Gesellschaft durchschnittlich 175 Mitarbeiter, davon 118 Männer und 57 Frauen. Darüber hinaus waren im Geschäftsjahr 2017 durchschnittlich 73 Mitarbeiter im Rahmen des Gestellungsvertrages beschäftigt.

Wesentliche finanzielle Verpflichtungen in TEUR

	<u>2018</u>	<u>2019 bis 2022</u>	<u>nach 2022</u>	<u>Gesamt</u>
Mietverträge	2.488	874	0	3.362
Beratungs- und Dienstleistungsverträge	219	299	0	518
Sonstige Verträge	2.625	1.176	4	3.805
Informationsdienste	1.673	513	0	2.186
Leasingverträge PKW's	56	0	0	56
Gesamt	7.061	2.862	4	9.927

5. NACHTRAGSBERICHT

Weitere Erkenntnisse in Bezug auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage haben sich bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses nicht ergeben.



6. GEWINNVERWENDUNGSVORSCHLAG

Gemäß § 9 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages vom 23. September 2010 beschließt die Generalversammlung die Feststellung des Jahresabschlusses und entscheidet über die Verwendung des Jahresergebnisses oder Bilanzgewinns.

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 799 auf neue Rechnung vorzutragen.

7. GESCHÄFTSFÜHRER

Dr. Tammo Diemer
Dr. Carsten Lehr (bis 15.11.2017)
Dr. Jutta A. Dönges (ab 01.01.2018)

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführer betragen im Geschäftsjahr TEUR 645.

Frankfurt am Main, 15. Juni 2018

Bundesrepublik Deutschland
Finanzagentur GmbH

Dr. Tammo Diemer

Dr. Jutta A. Dönges

**Entwicklung des Anlagevermögens
im Geschäftsjahr 2017**

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2017 in EUR

	Anschaffungskosten					Abschreibungen				Buchwert	
	Vortrag zum 01.01.2017	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand am 31.12.2017	Vortrag zum 01.01.2017	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Abgänge	Stand am 31.12.2017	Stand am 31.12.2017	Stand am 31.12.2016
<u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>											
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	12.287.491,43	573.793,81	196.245,64	300.538,75	12.965.578,35	9.364.278,43	1.338.196,29	156.480,68	10.545.994,04	2.419.584,31	2.923.213,00
Geleistete Anzahlungen	346.414,79	0,00	28.991,67	-300.538,75	16.884,37	0,00	0,00	0,00	0,00	16.884,37	346.414,79
	<u>12.633.906,22</u>	<u>573.793,81</u>	<u>225.237,31</u>	<u>0,00</u>	<u>12.982.462,72</u>	<u>9.364.278,43</u>	<u>1.338.196,29</u>	<u>156.480,68</u>	<u>10.545.994,04</u>	<u>2.436.468,68</u>	<u>3.269.627,79</u>
<u>Sachanlagen</u>											
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.854.076,05	1.450.909,64	673.095,44	80.095,77	8.711.986,02	4.049.783,29	1.158.550,94	657.629,34	4.550.704,89	4.161.281,13	3.804.292,76
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	241.363,19	8.819,81	0,00	0,00	250.183,00	59.992,28	56.632,31	0,00	116.624,59	133.558,41	181.370,91
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	80.095,77	0,00	0,00	-80.095,77	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	80.095,77
	<u>8.175.535,01</u>	<u>1.459.729,45</u>	<u>673.095,44</u>	<u>0,00</u>	<u>8.962.169,02</u>	<u>4.109.775,57</u>	<u>1.215.183,25</u>	<u>657.629,34</u>	<u>4.667.329,48</u>	<u>4.294.839,54</u>	<u>4.065.759,44</u>
Gesamt	<u>20.809.441,23</u>	<u>2.033.523,26</u>	<u>898.332,75</u>	<u>0,00</u>	<u>21.944.631,74</u>	<u>13.474.054,00</u>	<u>2.553.379,54</u>	<u>814.110,02</u>	<u>15.213.323,52</u>	<u>6.731.308,22</u>	<u>7.335.387,23</u>

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur Gesellschaft mit beschränkter Haftung,
Frankfurt am Main

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur Gesellschaft mit beschränkter Haftung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017.
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen

handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht

und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der

bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Frankfurt am Main, den 15. Juni 2018

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Stefan Palm
Wirtschaftsprüfer



Dirk Fischer
Wirtschaftsprüfer

